

Bericht: Deutsche Beamte haben 30 Jahre lang Kinder bei bekannten Pädophilen untergebracht



[Kurt Zindulka](#) 18. Juni 2020, 6:15

Ein ehemaliger Bundeskanzler Westdeutschlands, Berliner Senatoren, Bürokraten und Mitglieder des Bildungsinstituts waren alle in ein Netzwerk verwickelt, "in dem pädophile Positionen angenommen, unterstützt und verteidigt wurden", heißt es in einem Bericht über die Unterbringung obdachloser Kinder bei bekannte pädophile Pflegeeltern der Bundesregierung.

Seit über einem Jahr prüfen Forscher der Universität Hildesheim Tausende von Akten in der Bildungsverwaltung des Senats in Berlin. Der 57-seitige Bericht, der diese Woche veröffentlicht wurde, stellte fest, dass ein „Netzwerk von Akteuren in der Senatsverwaltung und Institutionen für Bildungsreformen während der Wohnungsreform der 1970er Jahre die Einrichtung von Wohngemeinschaften und Pflegeheimen für pädophile Männer tolerierte“.

Ein Mann mit Vorstrafen wegen Kindesmissbrauchs, in dem Bericht als Fritz H. bezeichnet, konnte mindestens neun Kinder vergewaltigen und missbrauchen, die ihm im Rahmen des von der Regierung unterstützten Programms als Pflegekinder gegeben wurden. Trotz der extremen Warnsignale wählten ihn die Berliner Jugendhilfebeamten konsequent als Pflegevater für Kinder, die oft sechs oder sieben Jahre alt waren.

Der von Fritz H. begangene Missbrauch wurde [laut](#) der *Berliner* Lokalzeitung von den 1970er bis 2003 durchgeführt .

In dem Bericht wurde ausdrücklich auf das Pädagogische Zentrum in Berlin als wichtigste koordinierende Einrichtung des Programms hingewiesen, obwohl hinzugefügt wurde, dass sich die Politik wahrscheinlich auf das ganze Land ausgeweitet hat.

Das Zentrum wurde 1965 vom damaligen Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt von der Sozialdemokratischen Partei (SDP), gegründet. Brandt war später von 1969 bis 1974 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Im Jahr 1971 wurde er [ausgezeichnet](#) einen Friedensnobelpreis für seine Bemühungen um engere Beziehungen zu Ost - Deutschland zu schaffen und die Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion zu verbessern.

Laut den Forschern unterstützte Willy Brandt das Projekt nachdrücklich, während er feststellte, dass das Zentrum „eindeutig“ ein Untergebener des Senats war, der von Bürgermeister Brandt geleitet wurde.



24. April 1965: Deutscher Politiker Willy Brandt, Bürgermeister von Westberlin, bei einem Besuch in London. (Foto von Terry Fincher / Express / Getty Images)

Der Direktor für Erwachsenenbildung am Pädagogischen Zentrum war Helmut Kentler (1928-2008), ein Sozialwissenschaftler, der argumentierte, dass Sex zwischen Erwachsenen und Kindern ein entscheidender Bestandteil für eine gesunde sexuelle Entwicklung sei und [sagte](#) : „In einigen Fällen fast so etwas wie eine sanftere Form der Sozialarbeit“.

Kentler, eine beliebte Figur in der deutschen Sexualrevolution in den 1960er Jahren, verfasste häufig "Expertenberichte" für den Berliner Senat, und seine Bücher über "sexuelle Befreiung" waren zu dieser Zeit Bestseller. In der Tat stellt die Deutsche Welle fest, dass die veränderte Einstellung zur Sexualität von Kindern in Deutschland zu dieser Zeit Teil der Revolution von 1968 war, die Europa erfasste und daran arbeitete, alle Traditionen und konventionellen Weisheiten beiseite zu werfen, einschließlich der Idee, dass Kinder keinen Sex mit Erwachsenen haben sollten.

Die Deutsche Welle stellt fest, dass die Ära, aus der diese Ideen hervorgingen, ein „[dunkles Erbe von allem](#)“ war, wofür [1968 stand](#)“.

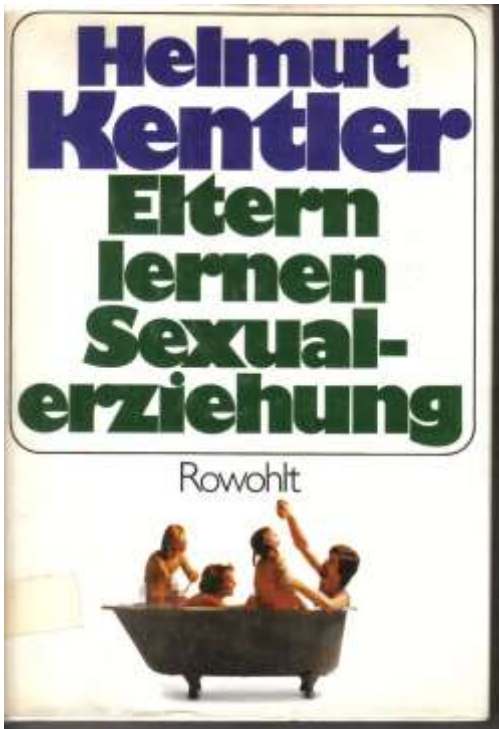
In den 1960er Jahren gab es in Westberlin eine große Anzahl obdachloser Kinder. Kentler argumentierte, dass die Kinder bei pädophilen Pflegevätern untergebracht werden sollten, da sie den Kindern gegenüber liebevoller wären. Das sogenannte "Kentler-Experiment" dauerte mit Zustimmung der Berliner Regierung rund 30 Jahre.

Laut den Hildesheimer Forschern nutzte Kentler seine herausragende Position als Regisseur und seinen öffentlichen Ruf, um den Missbrauch durch Pädophile wie Fritz H. zu schützen.

In dem Bericht wurde auch betont, dass es immer noch rund 1.000 Akten gibt, auf die der Universität der Zugang verweigert wurde, was bedeutet, dass viele Namen von Opfern und Personen, die am pädophilen Netzwerk beteiligt sind, unbekannt bleiben.

„Im Keller der Bildungsverwaltung befinden sich noch rund 1.000 Dateien, die noch nicht bearbeitet wurden“, sagte Wolfgang Schröer, Mitglied des Forschungsteams in Hildesheim.

Der Bericht wies auf drei ehemalige sozialdemokratische Berliner Senatoren hin - den Senator für Schule und Bildung Carl-Heinz Evers, den Senator für Jugend und Sport Kurt Neubauer und den Senator für Arbeit und Soziales Kurt Exner - für ihre besondere „Hand“ im Schema.



Cover von Helmut Klerers Buch *Eltern lernen Sexual-Erziehung*, das Eltern zeigt, die nackt mit ihren kleinen Kindern baden. Bildnachweis: Amazon.com

Marco und Sven, zwei Opfer des Programms, verklagen derzeit die Berliner Regierung auf Schadensersatz. Marco sagte, "unser Leben wurde ruiniert" und Sven fügte hinzu, dass "man nie wirklich darüber hinwegkommen kann", [so](#) die Deutsche Welle.

Am Montag sagte die derzeitige sozialdemokratische Bildungssenatorin Sandra Scheeres, die Regierung werde mit den Opfern „Gespräche über finanzielle Entschädigung“ beginnen und damit die bisherige Politik des Berliner Senats umkehren.

Der umgangssprachlich als "Rot-Rot-Grün-Senat" bezeichnete Senat hat seinen Namen von der Farbe der politischen Parteien in der Regierungskoalition (rot für die Sozialdemokraten [SPD], rot für die Linkspartei [Die Linke] und grün für die Grünen) - hat sich jahrelang gegen eine finanzielle Einigung aus Gründen der Verjährung ausgesprochen.

Senator Scheeres erwähnte in ihrer Erklärung nicht die fehlenden 1.000 Dokumente, die mögliche Beteiligung von Mitgliedern ihrer politischen Partei oder ob Mitglieder anderer deutscher Parteien im Netzwerk aktiv waren.

Eines der Opfer sagte: „Sie wollten nicht, dass jemand genannt wird. Und sie haben ihr Ziel erreicht. Sie haben das System verteidigt.“

Marianne Burkert-Eulitz von der Grünen - die sich in den 1970er Jahren für die Legalisierung des „einvernehmlichen“ Geschlechtsverkehrs zwischen Kindern und Erwachsenen einsetzte - [beschuldigte](#) den Senat, aus Angst vor politischen Gegenreaktionen gegen andere prominente Politiker eine Untersuchung des Netzwerks zu verlangsamen sind offenbar beteiligt gewesen.

Sie sagte, dass "es Netzwerke gab und gibt, sie existieren immer noch", und fügte hinzu, dass es für politische Parteien möglicherweise nicht einfach sei, die Schuld an dem Skandal zuzugeben, "aber es muss getan werden".